



Künftige Handlungsfelder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vom 19. bis 21. November 2013 wurden auf dem 30. Ordentlichen Delegiertentag der GdP Niedersachsen in Cuxhaven die Forderungen der GdP für eine attraktivere Polizei und eine gerechtere Gesellschaft diskutiert und beschlossen. Neben wichtigen Anträgen zu konkreten Verbesserungen in Einzelfragen befasste sich der Kongress auch mit einem Leitantrag unter dem Motto „Kompetenz durch Vielfalt“. Da diese Resolution in der Polizei, in der Politik und bei gesellschaftlichen Organisationen weithin beachtet und ausgesprochen positiv bewertet wurde, möchten wir – wie vielfach gewünscht und bereits in der Januar-Ausgabe des Landesjournals geschehen – einige Ausschnitte noch einmal darstellen, auch um künftige Handlungsfelder aufzuzeigen.

Der GdP geht es neben der Verbesserung der eigenen Struktur und neben den originären Belangen innerhalb der Polizei auch immer um gesellschaftliche Fehlentwicklungen und politische Fehlentscheidungen, die in der Folge oft unmittelbare Auswirkungen auf die Polizei haben. Auch das zeichnet die GdP aus und dafür ist sie anerkannt, dass sie über den Tellerrand blickt.

Die GdP appelliert an die handelnden Personen und Organisationen, umgehend tätig zu werden und wird dies in Gesprächen und Veranstaltungen selbst fortlaufend einfordern.

**Dietmar Schilff,
GdP-Landesvorsitzender**

Resolution: Kompetenz durch Vielfalt

„Der Zusammenhalt einer Gesellschaft spiegelt sich im Umgang miteinander wider: Wie gehen wir mit Minderheiten um, wie werden Menschen integriert, welche Bildungschancen hat man, was ist mit der Gleichstellung, wie gehen wir mit unseren Kindern um, wie behandeln wir unsere Großeltern und Eltern, in welcher Arbeitswelt sind wir tätig, wie sieht die Beteiligung in politischen Fragen aus und wie gestaltet sich das Zusammenleben mit unseren Nachbarn in einem vereinigten Eu-

ropa. Was zeichnet unsere Gesellschaft aus, wie wollen wir leben, wie tolerant sind wir anderen Meinungen und Le-



Dietmar Schilff

Foto: HH

bensformen gegenüber? Die GdP Niedersachsen ist der festen Überzeugung, dass der Zusammenhalt unserer Gesellschaft derzeit noch gut ist. Unsere Demokratie ist gefestigt und extremen Positionen, die wir gerade nicht zur Vielfalt zählen, stellt sich die Mehrheit der Menschen entschlossen entgegen. Das ist aber kein Automatismus. Deshalb sind Investitionen in Bildung und in gute Arbeit so wichtig. Zudem müssen die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden, Politik darf es nicht mehr zum Selbstzweck geben. Unsere Gesellschaft muss bunt, verschiedenartig und uneinheitlich sein, das und anderes zeichnet unser Gemeinwesen der Zukunft aus.

Auch innerhalb der Polizei gilt: Kompetenz durch Vielfalt. Die Gewerkschaft der Polizei setzt sich seit Jahren für Meinungsvielfalt und stärkere Beteiligung an Entscheidungsprozessen ein. Eine unserer Forderungen ist, die Polizei durch verstärkte Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund zukunftsfähig, vielfältiger und kompetenter werden zu lassen. Und wir müssen das Wort Gleichstellung nicht nur kennen, sondern endlich auch leben.

Die GdP Niedersachsen wehrt sich gegen Einfalt statt Vielfalt und setzt sich

seit ihrer Gründung für eine gerechte Bewertung und Erhöhung der Perspektiven für die gesamte Polizei ein. Dabei legen wir auch besonderes Augenmerk auf unsere Tarifbeschäftigten und unsere Verwaltungsbeamten/-innen. Einer erneuten Spartenrennung – auch schon während der Ausbildung, einem neuen Gegeneinander von S und K, stellen wir uns weiterhin vehement entgegen und fordern dieses Engagement ebenfalls von der Politik und der Polizeiführung ein. Die GdP hat sich mit dem Attraktivitätsprogramm Leitlinien und der Politik damit ein Aufgabenheft gegeben. Mit der Erfüllung der dort enthaltenen Forderungen und durch die Einbindung aller relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen kann dazu beigetragen werden, dass die Polizei kompetent, vielfältig und dadurch zukunftsfähig aufgestellt ist.

Die Menschen innerhalb und außerhalb der Polizei können sich auf die GdP verlassen. Wir fordern weder einen Polizeistaat noch die Totalüberwachung. Wir wollen Freiheit sowie die Entfaltung des/der Einzelnen und sind für Gruppendynamik. Wir brauchen gute inhaltliche Diskussionen, halten eine kritische Auseinandersetzung beim polizeilichen Einschreiten und bei den Eingriffsbefugnissen für durchaus angebracht und stehen konstruktiven Argumenten aufgeschlossen gegenüber. Wir fordern aber auch Kritiker dazu auf, der Polizei in unserer Gesellschaft zu vertrauen.

Die Mitglieder können mit ihrer GdP und die GdP durchaus auch mit sich zufrieden sein; Selbstzufriedenheit ist allerdings nicht angebracht. Daher muss und wird sich die GdP immer aufs Neue hinterfragen und versuchen, die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Interessenvertretung bei den Polizeibeschäftigten zu verstärken.

Aus den Vorbemerkungen ergeben sich vielfältige Forderungen und Erfordernisse, die kurz-, mittelfristig und nachhaltig durch konkrete Maßnahmen zu positiven Veränderungen führen müssen. Dabei sind die Prinzipien Beteiligung und Solidarität unumstößliche Leitplanken“.



GdP diskutiert mit Rot-Grün

Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die Ausgabe 5/2014 bis zum 28. März 2014 und für die Ausgabe 6/2014 bis zum 25. April 2014.

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*



**Gut,
dass es
sie gibt.**

Gewerkschaft der Polizei

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Niedersachsen

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp-online.de

Redaktion:

Hinrich Heidemann
(V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur
des Landesjournals)
Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0
Telefax (05 11) 5 30 37-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp-online.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 396-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6454



**V. l. n. r.: Helge Limburg, Belit Onay, Ulrich Watermann, Dietmar Schilff, Meta Janssen-Kucz und Michael Höntsch in der GdP-Landesgeschäftsstelle.
Foto: Christian Hoffmann**

Auf Einladung der GdP Niedersachsen tauschten sich Mitglieder des rot-grünen „Arbeitskreises Inneres“ am 14. Februar mit dem GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff aus.

Meta Janssen-Kucz (Innenpolitische Sprecherin), Helge Limburg (Parlamentarischer Geschäftsführer) und Belit Onay (Sprecher für BürgerInnenbeteiligung) seitens der Grünen-Landtagsfraktion sowie Ulrich Watermann (Innenpolitischer Sprecher) und Michael Höntsch (Innenausschuss-Mitglied) von der SPD-Fraktion diskutierten vor allem die Themen Verfassungsschutz, das künftige Gefahrenabwehrgesetz, Veränderungen im Personalver-

tungsrecht sowie das Entsendegesetz für die Landespolizei. Neben Schilff nahmen vonseiten der GdP Landesgeschäftsführerin Jana Herzog und Pressesprecher Christian Hoffmann teil.

Dietmar Schilff bezog sich in der Darstellung der GdP-Positionen auf die Beschlüsse des 30. Landesdelegiertentages und formulierte neben den entsprechenden Forderungen auch die Anerkennung der durch Rot-Grün vorgenommenen Verbesserungen für die Polizei Niedersachsen.

„Dennoch gibt es noch viel zu tun: Ich will hier nur beispielhaft die Wiedereinführung der freien Heilfürsorge, die Sonderzahlungen, DUZ, notwendige Investitionen für Tarif und Verwaltung sowie in die Liegenschaften der Polizei nennen“, sagte der GdP-Landesvorsitzende. Außerdem bedankte er sich bei den Mitgliedern des Arbeitskreises für den konstruktiv-kritischen Dialog des ersten Regierungsjahres der rot-grünen Koalition. Janssen-Kucz und Watermann erwiderten den Dank und vereinbarten mit der GdP eine regelmäßige Fortführung des Austauschs für die weiteren Jahre der Legislaturperiode. **CH**

FRAUENGRUPPE

Surkau neue Frauenvorsitzende



Anja Surkau und Elke Günder-Ede Foto: CH

Anja Surkau ist neue GdP-Landesfrauenvorsitzende. Die 51-Jährige wurde am 7. März einstimmig zur Nachfolgerin von Gitta Schmidt gewählt, die im Februar aus privaten Gründen zurückgetreten war.

„Der Landesfrauenvorstand bedankt sich ganz herzlich für die langjährige Arbeit von Gitta“, sagte Anja Surkau und verband ihren Amtsantritt mit einer kurzen Stellungnahme zum internationalen Frauentag. „Frauen bei der Polizei, die sich für Beruf und Familie gleichermaßen entschieden haben, müssen endlich die entsprechende Akzeptanz erhalten und dürfen keine weiteren Benachteiligungen erfahren“, forderte Surkau, die auch stellvertretende Vorsitzende des PHPR ist. **CH**



GdP IM GESPRÄCH

Gewerkschaften im Dialog mit Ministerpräsident Weil

Ministerpräsident Stephan Weil und hochrangige Vertreter der Staatskanzlei trafen sich am 18. Februar 2014 mit Vorständen des DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt und seiner acht Einzelgewerkschaften. Für die GdP diskutierte der stellvertretende Landesvorsitzende Klaus Dierker mit dem niedersächsischen Regierungschef.

„Die Mitarbeit und die Meinungen der Gewerkschaften sind für eine Landesregierung unerlässlich, das hat auch Stephan Weil bei diesem

Termin bekräftigt. Darum gestaltete sich das Gespräch von Anfang an positiv“, sagte Dierker in Hannover. Vor allem sei es dem DGB, der GdP und den übrigen Einzelgewerkschaften darum gegangen, den Gedankenaustausch mit den Verantwortlichen der Landespolitik zu intensivieren. Neben den GdP-Positionen thematisierten die Gewerkschaften zahlreiche weitere Erwartungen, die der Landesregierung in den kommenden vier Jahren bis zur nächsten Landtagswahl entgegengebracht werden.

„Langfristig muss das Land Niedersachsen die Attraktivität der Polizei im Auge behalten und ausbauen.

Die ersten Schritte dazu sind zum Beispiel durch die 1500 zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten in diesem Jahr gemacht, aber das darf nicht das Ende der Entwicklung sein“, forderte Dierker in seinem Diskussionsbeitrag unter anderem.

„Wir stehen bekanntlich in dauerhaftem Dialog mit dem Innenminister und dem Landespolizeipräsidenten. Doch bei einigen grundlegenden Aspekten ist die direkte Diskussion mit der Staatskanzlei und dem Ministerpräsidenten selber sehr sinnvoll“, resümierte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende nach dem Gespräch im Gästehaus der Landesregierung. **CH**

TARIF

Tarifkommission Niedersachsen konstituiert

Nach dem Landesdelegiertentag hat sich die Tarifkommission Niedersachsen am 20. Februar 2014 neu konstituiert. Als Sprecher der Tarifkommission wurde Gustav Volk (BG Osnabrück) – ebenso einstimmig wie die anderen Kandidaten/-innen – wiedergewählt. Sein Vertreter wird künftig Andreas Kauß sein (BG Oldenburg). Als Schriftführer wurde Peter Tiffert (BG ZPD) bestätigt. Im Landesvorstand wird die Tarifkommission durch Linde Becker-Huntgeburth (BG Göttingen) vertreten sein.

Erstes Thema der Sitzung war die aktuelle Situation der Tarifverhandlungen 2014 für den Bereich des Bundes und der Kommunen. Obwohl die Bundesländer durch diese Runde nicht direkt berührt sind, dient der Abschluss im TVöD als Gradmesser für die im nächsten Jahr anstehenden Verhandlungen des TV-L.

Der Landesdelegiertentag im November vergangenen Jahres wurde aus Sicht der Tarifbeschäftigten positiv bewertet. Insbesondere die in allen Diskussionen und Beiträgen spürbare Gesamtbetrachtung von Vollzug und Verwaltung/Tarif beurteilten die Mit-

glieder der Tarifkommission als wertschätzend, ebenso wie die konstruktiven Diskussionen in den einzelnen Antragsberatungskommissionen. Der Tagungsort Cuxhaven und die Organisation der Veranstaltung wurden von den Mitgliedern, die am Delegiertentag teilgenommen hatten, sehr gelobt.

Inhaltlich beschäftigte sich die Tarifkommission zudem mit der Struktur der Entgelttabelle in Bezug auf zukünftige tarifliche Forderungslagen der GdP. Gustav Volk hatte dazu differenzierte Tabellen vorbereitet, die als Diskussionsgrundlage dienten.

Elke Gündner-Ede/Red.



Die Mitglieder der Tarifkommission

Foto: CH



Bekämpfung Cybercrime

Der Fachausschuss Kriminalpolizei in der GdP hat Ende 2013 ein Papier erarbeitet, dass im Wesentlichen die Probleme der Sachbearbeitung in allen Dienststellen Niedersachsens widerspiegelt.

Denkpapier

Laut BKA-Herbsttagung zu diesem Thema wird vermutet, dass im Schnitt inzwischen 20% aller Straftaten unter Cyber zu subsumieren seien.

Der entstandene Schaden durch Cybercrime dürfte größer sein als alle Erscheinungsformen des Rauschgift-handels zusammen (Jörg Ziercke, BKA-Präsident). Gesamtgesellschaftlich gesehen gibt es ein großes Spannungsfeld zwischen einerseits der Freiheit und andererseits dem Anspruch auf Sicherheit im Netz.

Der Fachausschusses Kriminalpolizei möchte ergänzende Thesen und Forderungen/Vorschläge formulieren, die vor allem aus der Basis formuliert, für erforderlich gehalten werden und Unterstützung der Bekämpfung dieses Kriminalitätsphänomens bedeuten sollen.

- Einführung eines Lagebildes Cybercrime (im engeren und weiteren Sinne), da die PKS keine valide Aussage zur Entwicklung zulässt (bspw. aufgeklärte Taten, begangen von Tätern im Ausland, mit deutschen Geschädigten, werden nicht erfasst).

- Ersteinschreiter aus dem ESD und den Ermittlungsbereichen sind im Ersten Angriff, trotz laufender Beschulung, kaum in der Lage, die zunehmend komplizierten und neuartigen Phänomene sachgerecht aufzunehmen. Eine Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit von Cyber-Spezialisten (wie TOG/SPeT) muss zur Entlastung der Ersteinschreiter organisiert werden.

- Entsprechende Sachausstattung auf allen Dienststellen (z. B.: Erste Sichtung der Angaben der Anzeigerstatter durch Standalone-PCs und DSL-Anschluss muss flächendeckend gewährleistet sein).

- Einrichtung von entsprechenden Kompetenzzentren oder Task Forces zentral im LKA und dezentral in den PDen (ZKI) (mindestens an den Standorten der IuK-Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften), die ständig eine spezialisierte Sachbearbeitung gewährleisten

und zugleich in schwierigen Fällen für die übrigen Sachbearbeiter zu deren Unterstützung zur Verfügung stehen.

- Diese Kompetenzzentren sollten sich aus erfahrenen Kriminalitätsbekämpfern und IT-Spezialisten und Cyberanalysten zusammensetzen. Gerade in großen Verfahren muss hier die bisherige starke Trennung zwischen IT-Fachpersonal und Ermittlern überdacht werden.

- Die Cyber-Spezialsachbearbeiter bedürfen einer ständigen hochqualifizierten Aus- und Weiterbildung, um möglichst „vor die Lage zu kommen“ (Strategie 2020).

- Wirtschaftskriminalität, aber bspw. auch organisierte RG-Kriminalität findet längst in Underground-Foren statt, sodass einzelne sehr gut ausgebildete Spezialisten auch hier ständig eingesetzt werden müssen.

- Gleiches gilt natürlich auch für die ZKDen, die in ihren Fachkommissariaten, wie oben, entsprechende einzelne Spezialisten unterstützen müssen und nicht die Cybercrime (IuK i. e. S.) nebenher mitbearbeiten müssen. Die Spezial-Sachbearbeiter benötigen die spezialisierte Aus- und Fortbildung und den Freiraum, in dem Deliktsbereich konzentriert arbeiten zu können.

- Auf die eigene Verantwortung des Bürgers, sich selbst digital zu schützen, muss mehr und kontinuierlich hingewiesen werden. Die Polizei kann in diesen neuen Kriminalitätsfeldern alleine nicht wirkungsvoll sein, vor allem dann nicht, wenn es keinen gesellschaftlichen Konsens für eine Verbindungsdatenspeicherung gibt, sodass es kaum noch möglich ist, Straftaten im digitalen Raum effektiv aufzuklären und bekämpfen zu können.

- Daher muss dem Bürger vor allem durch die Politik die Sinnhaftigkeit und der tatsächliche Nutzen der Vorratsdatenspeicherung nähergebracht werden. Es geht dabei nicht nur um Terrorismus und Kinderpornografie. Die Polizei kann nicht selber die Argumentation für Vorratsdatenspeicherung öffentlich erläutern und fordern; ihr wird immer ein eigenes Interesse unterstellt werden. Es muss die gesellschaftliche Notwendigkeit im Spannungsfeld von Freiheit einerseits und Sicherheit andererseits breiter diskutiert und erläutert werden. Dazu gehört auch eine breite öffentliche Darstellung, was schon jetzt aufgrund der fehlenden Vorratsdaten

nicht mehr ermittelt werden kann und warum es deshalb erforderlich ist, die Vorratsdatenspeicherung nun einzuführen.

- Tatsächliche Krisenkommunikation und Öffentlichkeitsarbeit müssen an das geänderte Kommunikationsverhalten der Bevölkerung angepasst werden. Beispiel ist hier die Facebook-Fahndung, die noch zu vielen Restriktionen bzw. Handlungsunsicherheiten unterliegt. Pilotierte erste Fahndungen durch PD Hannover und LKA führten bisher bereits zu guten Erfolgen.

- Verbesserung der Zusammenarbeit von Ermittlern in unterschiedlichen Staaten, insbesondere muss die Rechtshilfe vereinfacht werden. Nicht nur Auslieferung, sondern schneller Informationsaustausch und Eingriffs- bzw. Zugriffsmöglichkeit im Ausland muss gewährleistet werden.

- Auch die Rechtssicherheit von sogenannten Verdeckten Virtuellen Ermittlern (VVE) muss verbessert werden. Die Abgrenzungen zu nicht erkennbaren Ermittlungen (was ist mir noch erlaubt) muss weiter herausgearbeitet werden. Auch hier muss an den Bürger transportiert werden, dass es seiner Sicherheit dient, wenn die Polizei im Internet „Streife fährt“. Wenn er in seinem Wohngebiet wochenlang keinen Streifenwagen sieht, würde er sich bei den entsprechenden Stellen beschweren.

- Die Zusammenarbeit mit seriösen Firmen sollte ebenfalls ständige Einrichtung werden, um zum einen Vertrauen aufzubauen, aber auch gegenseitig vom Wissenspool zu profitieren.

Schlussendlich muss auch festgestellt werden, dass zwar demografisch weniger Bevölkerung in Deutschland vorhanden sein wird, die Bekämpfung der Kriminalität sich qualitativ aber dermaßen wandelt, dass eine Personaleinsparung angesichts der Bedrohung, die erst jetzt sukzessive aus dem Dunkelfeld vorsichtig erhellt wird, komplett verbietet.

Jeder kann von jedem Ort der Welt jeden mit Cybercrime-Taten angreifen.

Dass eine der reichsten Industrienationen der Welt auch vorrangigstes Ziel der Kriminellen aus vielen anderen Nationen sein wird, liegt dabei ganz offensichtlich auf der Hand.

**Andreas Nünemann,
Vorsitzender FA Kriminalpolizei**



GLEICHGESCHLECHTLICHE LEBENSWEISE

VelsPol bei Innenminister Pistorius

Der Vorstand des Mitarbeiternetzwerkes des VelsPol (Verein lesbischer und schwuler Polizeiangehöriger) traf sich mit Innenminister Boris Pistorius. Auch anwesend waren Polizeikommissar Jan Meier, Mitglied von VelsPol Nordwest e.V., sowie zugleich Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Polizei Niedersachsen, und Hans Hengelein aus dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration in seiner Funktion als Ansprechpartner für Schwule.



Von links: Karsten Streich (MJ + VelsPol NW-Vorstandsmitglied), Dr. Hans Hengelein (Landesschulreferent, MS), Boris Pistorius (Innenminister), Frank Wilkening (PD Hannover + VelsPol NW Vorsitzender), Jan Meier (PD Lüneburg, AgL). Foto: Dr. Thorsten Kornblum

Themenschwerpunkte des ersten Gespräches mit dem Minister waren die Vorstellung der Arbeit der VelsPol in Niedersachsen, Hamburg und Bremen, die Problematik des Coming-out am Arbeitsplatz, die Arbeit der Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Polizei Niedersachsen, der Wunsch nach einer

besseren Aufklärung der niedersächsischen Dienstanfänger, zum Beispiel im Rahmen von besonderen Unterrichtseinheiten zu der Thematik der gleichgeschlechtlichen Lebensweisen und die Vorbereitungen der 7. EGPA-




Konferenz (European Gay Police Association), welche vom 18. bis zum 21. Juni 2014 in Berlin stattfinden wird.

Der Minister zeigte sich während des Gespräches sehr aufgeschlossen und betonte mehrfach, dass die sexuelle Orientierung in der heutigen Zeit nicht mehr zu einer Benachteiligung der Betroffenen führen dürfe. Auch die Idee der Aufklärung der Dienstanfänger unterstützt der Innenminister grundsätzlich, hierbei betont er jedoch, dass er Lesben und Schwule nicht als etwas Andersartiges dargestellt wissen möchte, sondern vielmehr als etwas ganz Selbstverständliches. Hierzu regte der Minister an, dass die Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Polizei Niedersachsen und der VelsPol ein Konzept für eine entsprechende Aufklärung erstellen und anschließend vorlegen könnten.

Insgesamt kann VelsPol somit auf ein erfolgreiches erstes Gespräch zurückschauen, in welchem man auf einen sehr weltoffenen und interessierten Innenminister traf. **Jan Meier**

Anzeige


5-tägige Flusskreuzfahrt mit A-ROSA AQUA vom 15. bis 19. Dezember 2014

ab 339,-

Rhein-Weihnachtsmärkte

Der Rhein ist unsere breite Straße zu den schönsten Weihnachtsmärkten in den alten Rheinstädten. Zentren von geschichtsträchtiger Vergangenheit. In aller Ruhe lassen sich Weihnachtseinkäufe erledigen. Auf dem Schiff gibt es dazu Entspannung pur: in der Panorama-Sauna oder in der gemütlichen Lounge mit Ausblick aufs Christkind.



A-ROSA
Last auf Schiff

Eingeschlossene Leistungen

- Flusskreuzfahrt mit der A-ROSA AQUA in der gebuchten Kabinenkategorie
- A-ROSA VollpensionPlus
- A-ROSA Select Premium alles inklusive beinhaltet z.B.: Kaffee, Tee, Softdrinks, Bier, Sekt, offene Weine, Cocktails, Longdrinks, zahlreiche Spirituosen usw.
- 1 Stadtrundgang / Stadtrundfahrt (halbtags) nach Wahl
- 30% Ermäßigung auf Anwendungen im SPA-ROSA
- Transfer Bahnhof – Schiff – Bahnhof
- Kabinengroß, Abschiedsgeschenk, Badezimmerartikel, 0,5 l Wasser p.P./Tag
- PSW-Reisebegleitung

Reiseverlauf:

15. Dezember 2014 - Köln: Anreise nach Köln. Mit dem ausklingenden Tag gehen wir an Bord der A-ROSA AQUA. Das Schiff und all seine Möglichkeiten heißt uns willkommen. Vom Deck aus sagen wir dem Dom „Auf Wiedersehen“.

16. Dezember 2014 - Mannheim: Wir bummeln gemütlich über den Weihnachtsmarkt auf Mannheims Friedrichplatz. Festliche Bläsermusik, ein Glühwein dazu – so entspannt kann der Advent sein.

17. Dezember 2014 - Straßburg/Kehl: Wir haben Zeit satt für diese Schönheit! Wir bummeln einfach durch „Petit France“, dem malerischen Fachwerk-Viertel der Stadt, besuchen das weltberühmte Münster und kaufen nach Herzenslust ein! Straßburg ist ein Shoppingparadies à la Française.

18. Dezember 2014 - Mainz: Auf zu den Römern! Ihre Tempel haben in Mainz viele Spuren hinterlassen. Ein überwältigender Kontrast sind Marc Chagalls blaue Fenster im Dom. Es bleibt bestimmt auch noch Zeit für einen gemütlichen Bummel zwischen den Fachwerkhäusern!

19. Dezember 2014 - Köln: Mit schönen Erinnerungen gehen wir von Bord und sagen dem Rhein „Lebewohl!“

Preise		
pro Person in Doppel-Außenkabine Kategorie S		339,- €
pro Person in Doppel-Außenkabine Kategorie A		469,- €
pro Person in Doppel-Außenkabine Kategorie C mit franz. Balkon		519,- €
(ab 1. September 2014 +60,- € p. P., da der Frühbucherbonus ab diesem Datum nicht mehr gewährt wird.)		
An- und Abreise 2. Klasse mit der Deutschen Bahn	Mit Bahncard	Ohne Bahncard
Entfernung Köln bis 600 km (z.B. Kiel, Hamburg)	100,- €	123,- €
Entfernung Köln ab 601 km (z.B. Flensburg)	125,- €	149,- €

Hinweise: Irrtum und Zwischenverkauf sowie Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten. Es gelten die Bedingungen des Veranstalters A-ROSA Flussschiff GmbH, 18055 Rostock. Mindestteilnehmerzahl: 16 Personen.

GdP-Mitgliederservice
GmbH NIEDERSACHSEN

Weitere Informationen und Anmeldungen

GdP-Touristik
Berckhusenstraße 133 a
30625 Hannover
Telefon 0511 / 5 30 38 10
Telefax 0511 / 5 30 38 50
service@gdp-service.de

www.gdp-service.de



Begrenzungserlass ist Geschichte

Kaum ein Thema hat die Gemüter in der Polizei Niedersachsen derart bewegt wie das Dienstpostenkonzept A 11 (DP A 11). Mit Datum vom 24. Februar 2014 wurde der Begrenzungserlass des ehemaligen Innenministers Uwe Schünemann aufgehoben und ist somit Vergangenheit. Die GdP hatte das Konzept von Beginn an abgelehnt und vehement bekämpft.

In einem Gespräch zwischen Innenminister Boris Pistorius, dem Landespolizeipräsidenten Uwe Binias, dem Landespolizeidirektor Knut Lindenau und den Gewerkschaften beziehungsweise der Berufsvertretung, an dem für die GdP der stellvertretende Landesvorsitzende Jörg Mildahn teilnahm, wurden die neuen Regelungen zum Dienstpostenbewertung für die Ämter A 9 bis A 11 der Bundesbesoldungsordnung (BBesO) Ende Februar erläutert.

Mit Inkrafttreten des Haushaltsbegleitgesetzes 2014 wurde das Niedersächsische Besoldungsgesetz (NBesG) geändert, womit die Voraussetzung für eine Ämterbündelung geschaffen war. Daraus resultierend werden nunmehr alle Dienstposten unterhalb von A 12 gebündelt und nach den Besoldungsgruppen A 9 bis A 11 bewertet. Damit wird einer Kernforderung der GdP Rechnung getragen.

Es ist aus Sicht der GdP ebenfalls erfreulich, dass der im Einrichtungserlass geprägte Begriff „organisationswesentlicher Dienstposten“ nicht übernommen wird. Die in der Landesprojektgruppe identifizierten Dienstposten werden zukünftig mit einer Planstelle A 11 hinterlegt, um ihrer besonderen Bedeutung Rechnung zu tragen. Der Erlass enthält auch eine Besitzstandswah-



Die Aufhebung des Begrenzungserlasses und die 1500 zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten sollen überlange Standzeiten abbauen, wie hier bildlich bei der Landesjugendkonferenz 2013 gefordert.

Foto: Hinrich Heidemann

lung derjenigen, die im Wege der Bestenauslese einen Dienstposten der Wertigkeit A 11 besetzen, aber noch nicht befördert wurden. Diese Dienstposten werden ebenfalls mit Stellen hinterlegt.

Diejenigen Polizeivollzugsbeamten und -beamten über 55 Jahre, die wegen der Restriktionen des bisherigen Dienstpostenkonzeptes A 11 keine Regelbeurteilung beantragt hatten, sind aufgrund der nunmehr veränderten Rahmenbedingungen, insbesondere bei der freien Vergabe, in Auswahlverfahren grundsätzlich einzubeziehen.

Gegebenenfalls werden alle Bewerber anlassbezogen beurteilt, um eine Vergleichbarkeit herzustellen. Auch bei den weiteren Detailfragen zu Stellenverteilung und Anzahl der mit A 11 hinterlegten Dienstposten wird sich die GdP Niedersachsen erneut konstruktiv und tatkräftig im Sinne der Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Die GdP begrüßt ausdrücklich die begleitenden Stellenhebungen zum 1. Juni 2014 und freut sich über die von ihr erreichten jeweils 750 zusätzlichen Beförderungen nach A 10 und nach A 11.

Red.

Aussagen der Politik zum Ende des Erlasses

Seit dem Start des Dienstpostenkonzeptes A 11 im Jahre 2010 hat die GdP Niedersachsen immer wieder mit der jeweils verantwortlichen Politik des Landes über dessen Rücknahme verhandelt.

Die Reaktionen zum Ende des Begrenzungserlasses fasst die Redaktion des Landesjournals hier zusammen.

In einem Briefwechsel des GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil hat der Gewerkschafter zu Beginn des Jahres 2014 noch einmal mit Nachdruck auf die Forderungen der GdP hingewiesen. Kurz vor Aufhebung des Erlasses meldete sich Weil

dann noch einmal schriftlich bei Schilff. In seinem Brief bezeichnete der Ministerpräsident die Abschaffung als vordringliches Problem und dass die rechtlichen Voraussetzungen für eine Aufhebung geschaffen worden seien. Dabei hob er die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der GdP hervor. Innenminister Boris



DIENSTPOSTENKONZEPT A 11

Pistorius informierte wenige Tage danach die Polizeibeschäftigten ebenfalls schriftlich über die entsprechende Umsetzung.

Thomas Adasch aus der CDU-Landtagsfraktion sagte, dass der Erlass aus dem Jahr 2010 auch innerhalb seiner Fraktion umstritten gewesen sei. „Insofern kann ich mich als polizeipolitischer Sprecher meiner Fraktion mit den neuen Eckpunkten durchaus anfreunden. Es bleibt nun abzuwarten, wie die konkrete Ausgestaltung der neuen Regelungen ausfällt.“ Karsten Becker (polizeipoliti-

scher Sprecher) äußerte für die SPD im Landtag, dass seine Fraktion die alten Regelungen von Beginn an kritisiert habe. „Wir begrüßen, dass – auch im Zusammenhang mit der Schaffung von 1500 Beförderungsmöglichkeiten nach A 10/A 11 – nunmehr wieder allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten realistische Karrierechancen eröffnet worden sind.“

Meta Janssen-Kucz, Innenpolitische Sprecherin der Landtags-Grünen, bezeichnete den A11er-Erlass als sogenannte Mogelpackung. „Anstelle dessen gibt es für die Polizeibeamtinnen

und Polizeibeamten des Landes Niedersachsen endlich wieder eine stabile Dienstpostenbewertung für die Dienstposten A 9 bis A 11.“

Jan-Christoph Oetjen, Innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, sagte mit Blick auf die Neuregelung: „Die FDP begrüßt, dass die Landesregierung weiterhin Stellenbeschreibungen für organisationswichtige Dienstposten beibehält. Diese Dienstposten sollten jedoch perspektivisch mit A 12 statt A 11 besoldet werden.“

Red.

Anzeige

GdP Touristik Niedersachsen

Mit GdP-Touristik wird auch Ihr Urlaub ein voller Erfolg. Egal ob Pauschalreise, Lastminute-Angebot, Kreuzfahrt, Gruppenreise oder eine Kurzreise - wir haben immer das passende Angebot für Sie. **Und das Beste:**
*** GdP Mitglieder und Angehörige buchen bei UNS mit 5% Ermäßigung**

GdP-Mitgliederservice
 GmbH NIEDERSACHSEN
GdP-Touristik
 Berckhusenstr. 133 a • 30625 Hannover
 Tel. 05 11 / 53 03 810 • Fax 05 11 / 53 03 850
 service@gdpservice.de

Wir freuen uns auf Ihre Buchung!

www.gdpservice.de

AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Termincheck

JHV der KG BePo – Hannover

Die GdP-Kreisgruppe BePo Hannover lädt zur Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 7. 5. 2014, ab 15.30 Uhr alle Kreisgruppenmitglieder herzlich ein. Ort der Veranstaltung wird die Kantine der Bundespolizei in der Möckernstraße 30, 30163 Hannover, sein.

Themen werden u. a. Gewerkschaftlicher Situationsbericht, Kassenbericht, Ehrung langjähriger Mitglieder.

Für das leibliche Wohl ist auch gesorgt.

Wilfried Brede, Vorsitzender

Mitgliederversammlung BG Hannover-Stadt

Am 3. 4. 2014 findet die Mitgliederversammlung der GdP-Bezirksgruppe Hannover Stadt um 16.00 Uhr in der ehemaligen Kantine der PD Hannover, Waterloostraße 9, statt.

Auf der Tagesordnung steht u. a. die Wahl des Bezirksgruppenvorstandes sowie die Wahl der Besitzer/-innen zum Erweiterten Bezirksgruppenvorstand. Grußworte sprechen der Landesvorsitzende der GdP Nds., Dietmar Schilff, die stellv. Landesvorsitzenden der GdP Nds., Elke Gündner-Ede, und der Polizeipräsident der PD Hannover, Volker Kluge.

Die Veranstaltung werden wir wie gewohnt mit einem guten Essen, Getränken und Gesprächen ausklingen lassen.

Der Vorstand



Seminar in Jeddingen

Am 27. und 28. Februar fand das erste Seniorensseminar in 2014 unter Leitung des Landesseniorenvorsitzenden (LSVors.) Erwin Jark statt.

Im Mittelpunkt des Seminars stand das **Aktiv-Programm für Senioren (APS)** der GdP. Den 18 Teilnehmern, die in Zukunft als Ansprechpartner/Multiplikator in ihrer Kreisgruppe wirken sollen, wurde das APS vom Kollegen Manfred Forreiter umfassend und sehr kompetent nahegebracht.

APS ist eine Internetplattform der GdP nicht nur für Senioren, sondern für alle GdP-Mitglieder, die sich u. a. über

folgende Themen Informieren möchten: Betreuungs- und Patientenverfügung, Vorsorge- und Generalvollmacht, Erben und Vererben und Betreutes Wohnen.

Ergänzt wurden diese Informationen durch einen Vortrag der COMPASS Pflegeberatung, dem kostenlosen Beratungsdienst der privaten Pflegeversicherungen.

Unsere Partnersversicherung, die SIGNAL-Iduna PVAG, erhielt Gelegenheit, über die notwendigen Versicherungen im Alter zu informieren.

Jörg Mildahn, der stellvertr. Landesvorsitzende, nahm am zweiten Tag Gelegenheit, zu aktuellen ge-

werkschaftlichen Themen vorzutragen. Hauptpunkt seiner Darstellung war der Erfolg der GdP, die neue Landesregierung zu bewegen, den ungeordneten A11-Erlass der vorherigen Landesregierung aufzuheben.

Jörg Mildahn ermunterte die Seminarteilnehmer ihr neu erworbenes Wissen in die Kreisgruppen zu tragen. Abschließend berichtete der LSVorsitzende Erwin Jark über die Aktivitäten des Landesseniorenvorstandes.

COMPASS Pflegeberatung – Kostenlose Telefonnummer 08 00/1 01 88 00, E-Mail: info@compass-pflegeberatung MF

REZENSION

Das Jahr 1914 – Europa – Menschen – Toleranz



Dieses Buch fällt positiv zum Themenkreis aus dem Rahmen. Insgesamt zwölf Autoren haben sich mit dem Kalenderjahr 1914 in vielen Facetten beschäftigt. Neben den nahelie-

genden Themen wie der Weg zum Kriegsbeginn, Frauenarbeit, Alltagsgeschehen haben auf den ersten Blick auch „Nebenthemen“ ihren Platz, zum Beispiel Musik und Grafik und Malerei sowie Karikatur. Ein weiteres Merkmal sind die Autoren, vom General der 1. Panzerdivision, General Jacobson, bis zum Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden Niedersachsen, Michael Fürst, wird ein weiter Bogen geschlagen.

Der Untertitel des Buches ist als Hinweis zu verstehen, dass das Buch „nicht fertig“ ist, es fordert die Leserinnen und Leser auf, sich weiterzubeschäftigen, ganz persönlich den Zeitraum von 100 Jahren zu erarbeiten.

Die Publikation hat 180 Seiten, Format DIN A4, Preis 15 €. Im Buchhandel mit der ISBN-Nummer 987-3-00-043985-8 oder direkt beim Verlag info@vitamine-verlag.de erhältlich.

Gundolf Algermissen

Anzeige

POLIZEI Gewerkschaft der Polizei
DEIN PARTNER

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Niedersachsen haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Niedersachsen zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
Antje.Kleuker@VDPolizei.de

www.VDPolizei.de

NACHRUFE

Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:

Bete, Margarete	6. 9. 1927	Krs.-Gr. Hannover Stadt
Klar, Heinz	27. 7. 1925	Krs.-Gr. Salzgitter
Leser, Maria	1. 9. 1926	Krs.-Gr. Emsland
Lünser, Hans-Jürgen	11. 9. 1947	Krs.-Gr. Peine
Möwius, Eckhard	27. 7. 1957	Krs.-Gr. Celle
Schubert, Rudolf	4. 11. 1919	Krs.-Gr. Lüneburg
Winkelmann, Emma	31. 3. 1919	Krs.-Gr. Harburg
Ziebehel, Norbert	20. 2. 1938	Krs.-Gr. Holzminden

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten

